

Nürnberg: Neue Aufgabe für Asyl-Bundesamt?

Zu wenig Integration

Experten fordern seit Jahren mehr Bemühungen zur besseren Verwurzelung der hier lebenden Ausländer

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Wird aus dem Nürnberger Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ein Amt für Integration? Der neue Behördenchef Albert Schmid deutete kürzlich eine solche Kompetenz-Erweiterung an. Das wäre der formelle Einstieg in eine Aufgabe, die Experten seit langem fordern.

NÜRNBERG — 22 Jahre ist es nun her, da brachte der erste Ausländer-Beauftragte der Bundesregierung das Thema als Erster zur Sprache — und zwar ziemlich zugespitzt: „Was wir jetzt nicht für die Integration ausgeben, müssen wir später für Polizei und Resozialisierung ausgeben“, sagte der Sozialdemokrat Heinz Kühn 1979, als er eine bessere Integration der hier lebenden Ausländer forderte.

Wenig passiert

Passiert ist danach aber ziemlich wenig. Weil die von der Union ausgegebene Parole galt, Deutschland sei kein Einwanderungsland, stand das Thema Integration ganz weit hinten. Wegen dieser Untätigkeit der christlich-liberalen Koalition trat Kühns Nachfolgerin Liselotte Funcke (FDP) 1991 aus Protest zurück. Nach ihr übernahm Cornelia Schmalz-Jacobsen den Posten — auch sie eine couragierte Liberale, die sich oft, aber folgenlos zu Wort meldete. Ein wenig leichter hat es die seit 1998 amtierende Ausländerbeauftragte Marieluise Beck von den Grünen: Die neue Regierung hat sich auch die bessere Integration auf ihre Fahnen geschrieben.

Ein Schritt dazu war das neue Staatsbürgerschaftsrecht. Und ein wichtiges Element dieser Regelung wird nun „nachgebessert“: Rot-Grün will die Frist für die (nicht sehr oft vollzogene)

erleichterte Einbürgerung von Ausländerkindern bis Ende 2002 verlängern. Zudem soll die Gebühr — für viele eine Hürde — von bisher 500 auf 100 Mark gesenkt werden.

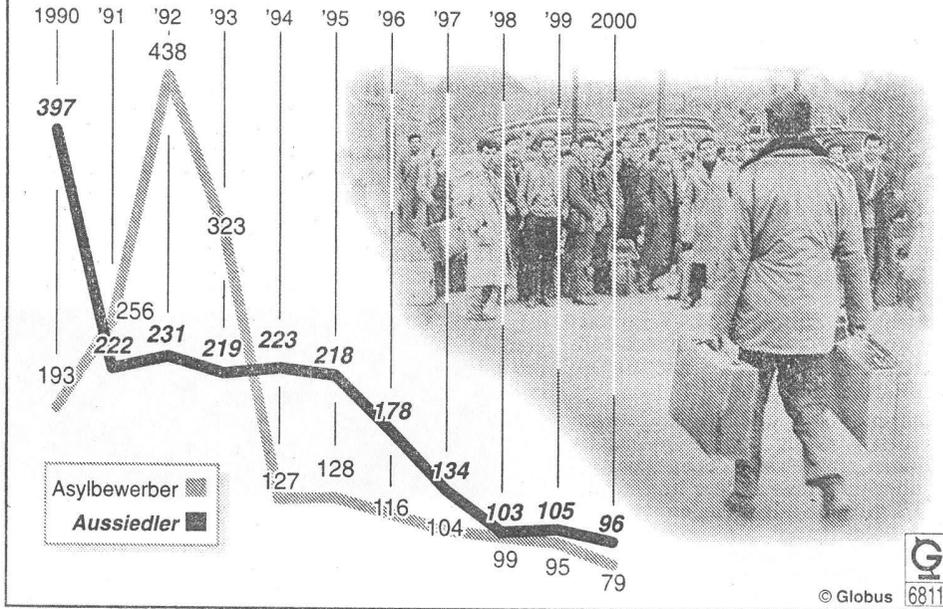
Integration — das bedeutet verstärkte Bemühungen um ein möglichst friedfertiges Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Bleibt sie aus, dann führt das zu Folgen, wie sie in Deutschland teils zu beobachten sind: Es entstehen Gettos, in die sich Ausländer oder Aussiedler zurückziehen — zwischen den Bevölkerungsgruppen gibt es auch wegen der Sprach- und Kulturbarrieren kaum Kontakt, aber viel Reibungsflächen.

Andere Staaten sind weiter, was die Integration angeht. So gilt seit 1998 in den Niederlanden ein Gesetz über die Eingliederung von Neuankömmlingen. Darin macht der Staat den Zuwanderern ein umfassendes Angebot an Eingliederungs- und Orientierungshilfen, verpflichtet sie aber auch, diese wahrzunehmen — ein einjähriger Integrationskurs ist obligatorisch. Darin lernen Zuwanderer die Landessprache und -kunde und erhalten Infos über den Arbeitsmarkt. Wer den Kurs ohne Grund abbricht, dem drohen Sanktionen.

Ein vergleichbares Pilotprojekt will demnächst das in Bamberg ansässige Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) zusammen mit dem Bildungszentrum in Nürnberg testen (*wir berichteten*). Und die Regierungen von

Ziel: Deutschland

Zahl der Asylbewerber und Aussiedler in 1 000



Bund und Ländern peilen ein ähnliches Programm, das die Anforderungen an die Integrations-Willigkeit erhöht, auch für Aussiedler an. Ziel ist ein „Gesamtkonzept Sprachförderung“ für alle Zuwanderer-Gruppen — denn Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für eine gelungene Integration.

Die Aufgaben bündeln

In der Zuwanderungskommission, die derzeit unter Vorsitz von Rita Süsmuth berät und bis Sommer Vorschläge präsentieren will, wird auch über eine bessere Koordination solcher Integrations-Konzepte beraten. Denkbar, dass das Asyl-Amt hier neue Aufgaben erhält. Der Migrations-Experte Klaus J. Bade hat den möglichen erweiterten Rahmen bereits 1992 so skizziert: „Im Zentrum der Einwanderungspolitik sollte eine leitende exekutive und konzeptuell tätige Behörde

stehen... für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten. Sie bündelt die bisher in verschiedenen Ressorts verstreuten Aufgaben und koordiniert sie mit den Ländern und Gemeinden. Hinzu kommt die Abstimmung auf europäischer Ebene; denn Einwanderungspolitik im nationalen Alleingang ist in Europa nicht mehr vorstellbar.“ (*Infos im Internet unter www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell/anstoesse.stm*)

„Einwanderung und Eingliederung: Deutsche und amerikanische Erfahrungen“ heißt eine Tagung des Deutsch-Amerikanischen Instituts und der Caritas-Pirckheimer-Akademie im Amerika-Haus Nürnberg (Gleißbühlstr. 13) am Donnerstag, 25. Januar (9 bis 16 Uhr), bei der Klaus J. Bade sowie die US-Experten Phil Martin und Teri Simmons referieren und mit Asylamts-Leiter Albert Schmid diskutieren.

